

6. März 20

Unternehmer rufen laut um Hilfe

Flüchtlinge Wirtschaft und Ausländeramt diskutieren Jobverbote. Beide Seiten kommen sich näher – zumindest ein bisschen

VON ALEXANDER VUCKO

Kaufbeuren Es sind ausländische Monteure, Lagerarbeiter und Glasdrücker, die von heute auf morgen ihren Job verlieren. Nicht, weil der Chef mit ihnen unzufrieden wäre oder Arbeitsplätze abgebaut werden. Das Gegenteil ist oft der Fall. Arbeitnehmer mit Fluchterfahrungen sind oft geschätzte Mitarbeiter auf einem leer gefegten Jobmarkt. Doch immer wieder entziehen Ausländerbehörden den mitunter gut integrierten Menschen die Arbeitserlaubnis. Das wollen Unternehmer nicht mehr länger hinnehmen. Sie haben eine Initiative gegründet, aus deren Kreis sich einige Mitglieder jetzt zu einem Runden Tisch im Kaufbeurer Rathaus getroffen haben.

Um es vorweg zu nehmen: Lösungen gab es bei dem Treffen zwischen Unternehmern, Flüchtlingshelfern und Vertretern der Kaufbeurer Aus-

länderbehörde nicht. Aber klare Bekenntnisse, dass weder die eine noch die andere Seite mit der derzeitigen Situation wirklich zufrieden ist. Mehrere Unternehmer schilderten ihre Erfahrungen. Eva Stumpe war überglücklich, mit einem jungen Afghanen einen gesuchten Glasdrücker in ihrer Firma für technische Glaswaren gefunden zu haben. Nach einem Jahr verfügte die zentrale Ausländerbehörde in Augsburg, dass der Mann wegen seines negativ beschiedenen Asylverfahrens nicht mehr arbeiten darf. Mit viel Aufwand wirkte ihr Unternehmen beim Innenminister eine Sondergenehmigung: Vorübergehend darf der Afghane weiterarbeiten.

Horst Hermann, Chef des Handelsunternehmens Kaes (V-Märkte), sagte, dass neun Prozent seiner Mitarbeiter einen Migrationshintergrund hätten. „Ohne diese Menschen könnten wir zumachen.“ Er

forderte Oberbürgermeister Stefan Bosse auf, sein politisches Gewicht in die Waagschale zu werfen, um Lösungen für Unternehmer und Flüchtlinge zu finden. „Es geht auch um das Menschliche“, sagte Firmeninhaber Jochen Epple. Juristin Eva Stumpe appellierte an die Rathaus-Mitarbeiter, ihren rechtlichen Rahmen auszuschöpfen und immer das Einzelschicksal zu betrachten. „Seien Sie unser Echo.“

Auf Unverständnis stößt vor allem die Tatsache, dass Ausländerbehörden abgelehnten Asylbewerbern die Arbeitserlaubnis entziehen, wenn sie aus Sicht der Ämter nicht ausreichend an der Klärung ihrer Identität und der Beschaffung von Ausweisdokumenten mitwirken (*wir berichteten*). Mit den Unterlagen soll die Ausreise der „vollziehbar ausreisepflichtigen“ Menschen mit sogenanntem Duldungsstatus vorangetrieben werden. „Ich verstecke mich

nicht hinter Paragraphen, aber wir müssen das Gesetz vollziehen“, sagte Oberbürgermeister Stefan Bosse. Die Ausländerbehörden, sowohl die zentrale in Augsburg, die vor allem für Menschen aus Afghanistan zuständig ist, als auch die der Stadt Kaufbeuren hätten wenig Spielraum. Dieser werde aber wahrgenommen. Seines Wissens verfahren alle zuständigen Stellen gleich, so Bosse, was zu Widerspruch bei Josefine Steiger führte, die bis zum Jahreswechsel beruflich als Ausbildungsexpertin bei der IHK Schwaben tätig war und sich jetzt ehrenamtlich um Flüchtlinge kümmert. Das CSU-dominierte Bayern lege die Gesetze besonders restriktiv aus, sagte sie. Und auch innerhalb des Freistaats komme es darauf an, wo der Flüchtling lebt.

Bosse und Kaufbeurens Rechtsreferent Thomas Zeh sicherten den Unternehmern zu, dass die Stadt den Betrieben so weit wie möglich entgegen-

genkomme. Zeh berichtete zudem von einzelnen, durchaus erfolgreichen gemeinsamen Bemühungen, Menschen mit Fluchterfahrungen zumindest ein vorübergehendes Bleibe- und Arbeitsrecht zu sichern. Er appellierte an die Asylhelfer, die Betroffenen auf die Ämter zu begleiten und etwa bei Verständigungsproblemen zu unterstützen. Die Forderung der Unternehmen nach einer Gesetzesänderung auf Bundesebene sieht Bosse zwar als unterstützenswert an. Sein Einfluss werde allerdings überschätzt, sagte er und spielte den Ball an Unternehmer wie Horst Hermann zurück, der seine Branche auch in der IHK-Regionalversammlung vertritt. „Sie können mitunter mehr bewegen“, sagte er.

Die Unternehmer wollen nicht nur in der Region gehört werden, sondern sich nun in ganz Bayern vernetzen und Druck machen – damit die große Politik handelt.